Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Nr. 4/2010
77. Jahrgang
27. Januar 2010

DIW BERLIN

Wirtschaft Politik Wissenschaft www.diw.de

Wochenbericht

Frauen in Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin massiv unterrepräsentiert Seite 2

Die Spitzenposten großer Unternehmen in Deutschland bleiben nach wie vor fest in Männerhand: Bei den Top-100-Unternehmen ist der Anteil der Frauen in den Vorständen unter die Ein-Prozent-Marke gerutscht. In den Aufsichtsräten sieht die Lage zwar etwas besser aus. Doch für eine Trendwende braucht es verbindliche Regeln mit klaren Sanktionsmechanismen.

Von Elke Holst und Anita Wiemer

„Wir brauchen einen klaren Fahrplan und Sanktionen" Seite 3

Sechs Fragen an Elke Holst

Zensus 2010/11 – eine längst überfällige Erhebung Seite 11

Die letzte Volkszählung in Deutschland liegt schon eine Generation zurück – entsprechend hoch sind die Erwartungen der Wissenschaft an die für 2011 geplante Totalerhebung. Zu hoch sollten diese Erwartungen allerdings nicht sein: Trotz neuer Methoden wird auch das Ergebnis dieser Volkszählung nicht perfekt sein. Für administrative Zwecke werden die gewonnenen Daten hingegen ausreichen, für die Wissenschaft ist vor allem wichtig, dass die Daten schnell zur Analyse zur Verfügung gestellt werden.

Von Gert G. Wagner

Neue Aufgaben für die Konjunkturforschung Seite 16

Kommentar von Christian Dreger

Frauen in Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin massiv unterrepräsentiert

Elke Holst
eholst@diw.de

Anita Wiemer

Vorstände und Aufsichtsräte großer Unternehmen in Deutschland werden nach wie vor von Männern dominiert – mit erdrückender Mehrheit. Das zeigt die aktuelle Studie des DIW Berlin. Lediglich 2,5 Prozent aller Vorstandsmitglieder der 200 größten Unternehmen (ohne Finanzsektor) sind gegenwärtig Frauen. In den Aufsichtsräten nehmen Frauen ein Zehntel aller Sitze ein. Ähnlich sieht die Lage in Vorständen und Aufsichtsräten des Finanzsektors aus. In den 100 größten Banken sind 2,6 Prozent, in den 62 größten Versicherungen 2,8 Prozent aller Vorstandsmitglieder Frauen. Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten liegt jedoch höher als bei den Top-200-Unternehmen: 16,8 Prozent bei den Banken und Sparkassen und 12,4 Prozent bei den Versicherungen. Insgesamt sind rund drei Viertel der Frauen mit Sitz in einem Aufsichtsrat von Arbeitnehmervertretungen entsandt und erhalten damit aufgrund von Mitbestimmungsregelungen ihr Mandat.

Trotz einiger positiver Beispiele hat sich die Situation in den Spitzengremien insgesamt in den letzten Jahren kaum geändert. Es bleibt abzuwarten, ob der im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien 2009 vereinbarte Stufenplan zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen ein größerer Erfolg wird als die Selbstverpflichtung der Unternehmen aus dem Jahr 2001. Deren Umsetzung kann in Bezug auf die Besetzung von Spitzengremien in den großen Unternehmen der Privatwirtschaft als gescheitert gelten.

Das DIW Berlin untersucht regelmäßig die Repräsentation von Frauen in Vorständen/Geschäftsführungen und Aufsichts- beziehungsweise Verwaltungsräten der größten Wirtschaftsunternehmen, Banken und Sparkassen sowie Versicherungen in Deutschland.[1] In die Erhebung wurden 200 Wirtschaftsunternehmen außerhalb des Finanzsektors einbezogen:[2] 100 Banken und Sparkassen sowie 62 Versicherungen. Zur Darstellung der Entwicklung in den letzten Jahren werden die Ergebnisse jenen aus den Jahren 2006, 2007 und 2008 gegenübergestellt. Eine Namensliste der Frauen in den Top-100-Unternehmen der Privatwirtschaft sowie in den einbezogenen Unternehmen des Finanzsektors findet sich für 2009 in Tabelle 1.

Top-100-Wirtschaftsunternehmen: Frauenanteil in Vorständen sinkt unter Ein-Prozent-Marke

Die Vorstände der 200 umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland (außerhalb des Finanz-

1 Zuletzt im Jahr 2009, vgl. Holst, E., Schimeta, J.: Nach wie vor kaum Frauen in den Top-Gremien großer Unternehmen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 18/2009. Für einen generellen Überblick zur Situation von Frauen in Führungspositionen vgl. Holst. E. unter Mitarbeit von Busch, A. et al.: Führungskräftemonitor 2001-2006. Forschungsreihe Band 7 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Baden-Baden 2009; Busch, A., Holst, E.: Berufswahl wichtig für Karrierechancen von Frauen und Männern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 23/2009.

2 Die Angaben wurden den Selbstdarstellungen der Unternehmen im Internet, den Geschäftsberichten und Jahresabschlüssen 2008 entnommen sowie durch Anfragen bei den Unternehmen gewonnen. Die Recherchen fanden im Zeitraum von November 2009 bis Anfang Januar 2010 statt. Die Auswahl der 200 nach dem *Umsatz* größten Unternehmen erfolgte auf Basis von: Wolters Kluwer Deutschland GmbH: Die großen 500. Deutschlands Top-Unternehmen. November 2009. Für den Finanzsektor wurde eine getrennte Auswertung nach der *Bilanzsumme* 2008 vorgenommen. Die Auswahl der Top-100-Banken und -Sparkassen erfolgte nach Huck, H.: Top 100 der deutschen Kreditwirtschaft 2008: Neue Großbankenlandschaft. In: Die Bank. Zeitschrift für Bankpolitik und Praxis, Ausgabe 8/2009. Die Auswahl der nach den *Beitragseinnahmen* 2008 größten Versicherungen erfolgte ebenfalls auf Basis der Angaben von Wolters Kluwer Deutschland GmbH.

Sechs Fragen an Elke Holst

„Wir brauchen einen klaren Fahrplan und Sanktionen“

Frau Dr. Holst, Sie haben den Frauenanteil an Spitzenpositionen in Deutschland untersucht. Gibt es dort mittlerweile mehr Frauen?
Es gibt immer noch viel zu wenig Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten, der Anteil ist sogar erschreckend gering. Die Spitzenpositionen in den großen deutschen Unternehmen werden eindeutig von Männern dominiert.

Wie viel Frauen gibt es in den Vorständen der größten deutschen Unternehmen?
In den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen liegt der Frauenanteil bei 2,5 Prozent. Das sind 21 Frauen bei insgesamt 833 Sitzen. In den Top-100-Unternehmen liegt der Frauenanteil sogar unter einem Prozent.

Wie sieht es bei den Aufsichtsräten aus?
Bei den Aufsichtsräten sieht es etwas besser aus. In den größten 200 Unternehmen in Deutschland liegt der Anteil von Frauen bei rund zehn Prozent, das sind 214 von 2 175 Aufsichtsratsposten. Der Grund dafür liegt in den dort geltenden Mitbestimmungsregeln, nach denen auch die Arbeitnehmer Personen entsenden können. Die Frauen, die in Aufsichtsräten vertreten sind, werden zu zwei Dritteln von den Arbeitnehmern gestellt.

Wo liegen die Ursachen für die enorme Dominanz von Männern in Führungspositionen?
Die Gleichstellung in der Ehe haben wir erst seit Ende der 70er Jahre. Das zeigt, dass Frauen in der Geschichte lange auch rechtlich in ihrer Zeitsouveränität eingeschränkt waren. Männer hatten traditionell die Leitungsposten inne. Das Stereotyp, dass Führung und Mann eng miteinander verbunden sind, spielt aber auch heute noch eine Rolle. Männern wird viel eher zugetraut, dass sie Führungspositionen übernehmen. Heute sind Frauen zum ersten Mal in der Geschichte genauso gebildet wie Männer, ihr gesellschaftlicher Aufstieg in Spitzenpositionen der Wirtschaft steht jedoch noch aus. Fast alle der Top-Führungskräfte sind Männer. Dadurch haben auch Männer nachfolgender Generationen eine große Bandbreite von Rollenvorbildern, denen sie nacheifern können. Bei den Frauen gibt es nur ausgewählte, ganz besondere Frauen, die genau beobachtet werden. In den Club der Spitzenkräfte vorzudringen ist für Frauen sehr viel schwerer als für Männer, weil sie hier Außenseiterinnen sind.

Wie ist die Lage im internationalen Vergleich? Gibt es in anderen Ländern mehr Frauen in Führungspositionen?
Das Problem sehen wir in nahezu allen Ländern. Es gibt aber auch Ausnahmen, zum Beispiel Norwegen. Dort liegt der Anteil an Frauen in den Aufsichtsräten bei 42 Prozent. Das war nicht immer so. In Norwegen wurde der Frauenanteil in den Aufsichtsräten durch ein Gesetz erreicht, das die Unternehmen verpflichtet, ihre Aufsichtsräte zu 40 Prozent mit Frauen zu besetzen.

» In den Vorständen der Top-100-Unternehmen liegt der Frauenanteil unter einem Prozent. «

Was müsste in Deutschland passieren, damit in Zukunft mehr Frauen den Sprung in die Führungsetage schaffen?
Wir brauchen eine nachhaltige Politik der Unternehmen, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen. Unternehmen sollten damit werben, dass sie einen hohen Frauenanteil haben. Die Selbstverpflichtung der Unternehmen, die 2001 gemeinsam mit der Bundesregierung geschlossen wurde, kann bezüglich der Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen als gescheitert gelten. Wir brauchen einen verbindlichen Fahrplan mit festen Zielgrößen, klar zugeordneten Verantwortlichkeiten und Sanktionsmechanismen. Zudem brauchen wir eine Transparenz bei der Besetzung von Posten, und wir müssen dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Bereichen eines Unternehmens gewährleistet ist, um den Aufstieg von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen zu gewährleisten.

PD Dr. Elke Holst,
Senior Economist in der Abteilung Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
am DIW Berlin

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Tabelle 1

Frauen in Vorständen in Deutschland 2009

Rang	Unternehmen	Name
100 größte Wirtschaftsunternehmen (ohne Finanzsektor)		
4	Siemens AG	Barbara Kux
81	IBM Deutschland GmbH	Martina Koederitz
85	INA Holding Schaeffler KG	Maria-Elisabeth Schaeffler
94	Sandoz International GmbH	Dr. Susanne Raehs[1]
100 größte Banken und Sparkassen		
8	Hypo Real Estate Holding AG	Manuela Better
24	SEB AG	Renate Bloß-Barkowski, Liselotte Hjorth
25	Depfa Deutsche Pfandbriefbank AG	Manuela Better
46	HSBC Trinkaus & Burkhardt AG	Carola Gräfin von Schmettow
59	Stadtsparkasse München	Maria Elisabeth Mirbeth
62	Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA	Maria Topaler
65	Stadtsparkasse Düsseldorf	Karin-Brigitte Göbel, Dr. Birgit Roos
66	Investitionsbank des Landes Brandenburg	Jacqueline Tag
85	Sparda-Bank Südwest eG	Karin Ipfling
62 größte Versicherungen		
5	ERGO Versicherungsgruppe AG	Dr. Bettina Anders
17	Zurich Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG	Dr. Andrea van Aubel
32	Provinzial Rheinland Konzern	Sabine Krummenerl
33	Württembergische Lebensversicherung AG	Ruth Martin
35	Zürich Versicherung AG (Deutschland)	Dr. Marita Kraemer
37	Signal Krankenversicherung a.G.	Marlies Hirschberg-Tafel
50	Iduna Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe	Marlies Hirschberg-Tafel
51	Württembergische Versicherung AG	Ruth Martin
52	Alte Leipziger Lebensversicherung a.G.	Wiltrud Pekarek
53	Bayerische Beamtenkrankenkasse AG	Manuela Kiechle
59	Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG	Sabine Krummenerl

1 Laut Geschäftsbericht 2008; aktuellere Informationen waren vom Unternehmen nicht erhältlich.

Quelle: Erhebung des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Frauen sind in den Vorständen im Finanzsektor noch am ehesten zu finden. Vor allem in den größten Unternehmen fehlen sie fast völlig.

sektors) sind nahezu ausschließlich von Männern besetzt (Tabelle 2). Von 833 Vorstandsmitgliedern insgesamt sind gerade einmal 21 Frauen, dies entspricht einem Anteil von 2,5 Prozent. In den 100 größten Unternehmen sind Frauen sogar nur zu 0,9 Prozent in den Vorständen vertreten und haben nur vier der 441 Sitze inne. In den Vorständen der 50 größten Unternehmen ist schließlich nur noch eine Frau im Vorstand vertreten: Barbara Kux, die wie schon im Vorjahr das Supply Chain Management bei Siemens (Rang 4 der nach dem Umsatz größten Unternehmen) leitet.[3] Und ebenso wie im Vorjahr nimmt nur in einem der 200 größten Unternehmen eine Frau den Vorstandsvorsitz ein: Petra Hesser bei IKEA Deutschland (Rang 198).

3 Als Siemens-Managerin ist Barbara Kux außerdem die einzige Frau im Vorstand eines Dax-30-Unternehmens.

Aufsichtsräte: Von der Seite der Kapitalgeber kaum Frauen entsandt

In den Aufsichtsräten sieht die Lage etwas besser aus. Der Frauenanteil in den Top-200-Unternehmen beträgt knapp zehn Prozent. Er hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum erhöht. In 19 Unternehmen liegt der Anteil bei mindestens einem Fünftel. Zur Spitzengruppe zählen dabei die zur Arcandor AG gehörige Karstadt Warenhaus GmbH (35 Prozent), die Sanofi Aventis Deutschland GmbH (33,3 Prozent) sowie die VR-LEASING AG (27,3 Prozent) (Tabelle 3). In mehr als einem Viertel aller Unternehmen sitzt nicht eine einzige Frau im Aufsichtsrat. Hierzu gehören zum Beispiel die Robert Bosch GmbH, die Audi AG und die HOCHTIEF AG.

Im Vergleich der größten 100 und der größten 101 bis 200 Unternehmen, weist die erste Gruppe einen etwas höheren Frauenanteil (10,1 Prozent gegenüber 9,5 Prozent) auf. Ein Grund für den leicht höheren Frauenanteil mag in den Mitbestimmungsregelungen liegen, die bei großen Unternehmen einen von der Mitarbeiterzahl abhängigen Anteil von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern im Aufsichtsrat vorschreiben.[4] Auch 2009 wurden wieder die meisten Frauen von Arbeitnehmervertretungen in die Aufsichtsräte entsandt: Bei den Top 100 liegt dieser Anteil bei 76 Prozent, bei den Top 200 bei 71,6 Prozent. Auf Seiten der Kapitalgeber nehmen Frauen ihr Mandat nicht selten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Eigentümerfamilie ein. So ist beispielsweise Susanne Klatten, Aufsichtsrätin im Dax-Unternehmen BMW, Teil der Quandt-Dynastie. Eine Ausnahme bildet Renate Köcher. Die Chefin des Allensbach Instituts für Demoskopie vertritt die Kapitalseite gleich in vier Unternehmen (Allianz, BMW, Infineon, MAN). Den von den Anteilseignern gestellten Aufsichtsratsvorsitz nehmen von allen untersuchten Unternehmen gerade einmal zwei Frauen ein: Simone Bagel-Trah[5] (Henkel KGaA) und Bettina Würth (Würth-Gruppe).[6] Die

4 Gemäß §1 und §4 Montan-Mitbestimmungsgesetz (MontanMitbestG) BGBl muss in Unternehmen der Montanindustrie mit mehr als 1 000 Beschäftigten der Aufsichtsrat paritätisch mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Anteilseignervertreterinnen und -vertretern besetzt sein. Gemäß §1 und §7 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) BGBl ist auch bei AG's, GmbH's, KG a.A.'s und Genossenschaften mit mehr als 2 000 Beschäftigten eine paritätische Besetzung des Aufsichtsrates vorgeschrieben. Gemäß §1 und §4 Drittelbeteiligungsgesetz (DrittelbG) BGBl muss bei AG's, GmbH's, KG a.A.'s, Versicherungsvereinen a.G. sowie Genossenschaften mit mehr als 500 Beschäftigten der Aufsichtsrat zu einem Drittel mit Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern besetzt sein.

5 Simone Bagel-Trah ist als Ururenkelin des Firmengründers zudem auch noch Vorsitzende des Gesellschafterausschusses bei Henkel.

6 Bis Ende 2009 hatte zudem Rosely Schweizer den Vorsitz im Beirat der Oetker Gruppe inne. Sie wurde zum 1. Januar 2010 von August Oetker abgelöst. Bei der Oetker Gruppe, wie auch bei der Würth-Gruppe, handelt es sich beim obersten Kontrollgremium nicht um einen Aufsichtsrat, sondern um einen Beirat.

Tabelle 2

Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen in den größten 200 Unternehmen (ohne Finanzsektor)

	Die 100 größten Unternehmen (Top 100)				Die 200 größten Unternehmen (Top 200)			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Vorstände/Geschäftsführungen								
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	200	200	200	200
Mit Angaben zur Zusammensetzung	97	95	96	92	195	184	191	187
Ohne Frauen im Vorstand	96	88	93	88	186	169	174	171
Anteil in Prozent	**99,0**	**92,6**	**96,9**	**95,7**	**95,4**	**91,8**	**91,1**	**91,4**
Mitglieder insgesamt[1]	531	536	526	441	953	893	934	833
Männer	530	529	519	437	942	877	911	812
Frauen	1	7	7	4	11	16	23	21
Anteil der Frauen in Prozent	**0,2**	**1,3**	**1,3**	**0,9**	**1,2**	**1,8**	**2,5**	**2,5**
Vorsitze insgesamt[1]	97	95	96	92	195	184	191	187
Männer	97	95	96	92	195	184	190	186
Frauen	0	0	0	0	0	0	1	1
Anteil der Frauen in Prozent	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,5**	**0,5**
Aufsichts-/Verwaltungsräte								
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	200	200	200	200
Mit Angaben zur Zusammensetzung	87	86	88	78	170	145	168	153
Ohne Frauen im Aufsichtsrat	22	21	20	18	60	44	44	43
Anteil in Prozent	**28,2**	**24,4**	**22,7**	**23,1**	**35,3**	**30,4**	**26,2**	**28,1**
Mitglieder insgesamt[1]	1 389	1 373	1 385	1 166	2 500	2 268	2 466	2 175
Männer	1 270	1 255	1 249	1 048	2 304	2 074	2 236	1 961
Frauen	119	118	136	118	196	194	230	214
Anteil der Frauen in Prozent	**8,6**	**8,6**	**9,8**	**10,1**	**7,8**	**8,6**	**9,3**	**9,8**
Vorsitze insgesamt[1]	87	86	88	78	170	145	168	153
Männer	85	84	86	76	167	143	166	152
Frauen	2	2	2	2	3	2	2	2
Anteil der Frauen in Prozent	**2,3**	**2,3**	**2,3**	**2,6**	**1,8**	**1,4**	**1,2**	**1,3**
Unternehmen mit Angaben zur Arbeitnehmervertretung	81	71	66	58	123	108	129	103
Mitglieder insgesamt	565	1 180	1 035	968	2 147	1 773	1 910	1 732
Männer	487	1 087	940	868	2 023	1 616	1 742	1 563
Frauen	115	93	95	100	183	157	168	169
Arbeitnehmervertreterinnen	84	67	69	76	139	117	125	121
Anteil an den Frauen insgesamt in Prozent	**73,0**	**72,0**	**72,6**	**76,0**	**76,0**	**74,5**	**74,4**	**71,6**

1 Nur Unternehmen, die Angaben zur Zusammensetzung der jeweiligen Spitzengremien machen.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Weniger als ein Prozent der Vorstandsmitglieder in den 100 größten Wirtschaftsunternehmen sind Frauen. Von den zehn Prozent weiblichen Aufsichtsratsmitgliedern sind rund drei Viertel Arbeitnehmervertreterinnen.

beiden Frauen sind Mitglieder der Eigentümerfamilien.

Finanzsektor: Unter drei Prozent Frauen in den Vorständen

Im Finanzsektor liegt der Frauenanteil in den Vorständen bei 2,6 Prozent (Banken und Sparkassen) und 2,8 Prozent (Versicherungen). Damit spiegelt er in keiner Weise wider, dass Frauen weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten in dieser Branche stellen (Tabelle 4). Von insgesamt 418 Vorstandsposten bei den 100 größten Banken und Sparkassen sind lediglich elf mit Frauen besetzt (Tabelle 5). In den Vorständen der 62 größten Versicherungen stehen elf Frauen 392 Männern gegenüber. Zu den Banken und Sparkassen, in denen Frauen im Vorstand vertreten sind, gehören die Hypo Real Estate (Rang 8 der nach der Bilanzsumme größten Institute) mit Manuela Better, die SEB (Rang 24) mit Renate Bloß-Barkowski und Liselotte Hjorth sowie die HSBC Trinkhaus & Burkhardt (Rang 46) mit Carola Gräfin von Schmettow. In Vorständen von Versicherungen sind unter anderem Bettina Anders für die Ergo Versicherungsgruppe (Rang 5 der nach Beitragseinnahmen größten Versicherungen) tätig, sowie Andrea van Aubel für Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung (Rang 17) und Sabine Krummenerl für Provinzial Rheinland (Rang 32). Gegenüber 2008 hat sich die Zahl der Frauen in den Vorständen um drei (Banken und Sparkassen) beziehungsweise zwei

Tabelle 3

Größte 200 Unternehmen[1] mit einem Frauenanteil im Aufsichtsrat von mindestens 20 Prozent 2009

Rang	Unternehmen	Mitglieder insgesamt	*davon* Frauen	Frauenanteil in Prozent
159	Karstadt Warenhaus GmbH	20	7	35,0
164	Sanofi-Aventis Deutschland GmbH	12	4	33,3
149	VR-LEASING AG	11	3	27,3
8	Deutsche Post World Net AG	20	5	25,0
11	REWE-Handelsgruppe	20	5	25,0
53	Henkel KGaA	16	4	25,0
68	Otto GmbH & Co KG	20	5	25,0
95	Merck KGaA	16	4	25,0
112	Beiersdorf AG	12	3	25,0
166	Hella KGaA Hueck & Co.	16	4	25,0
173	B. Braun Melsungen AG	12	3	25,0
35	Arcandor AG	13	3	23,1
43	Bertelsmann AG	14	3	21,4
4	Siemens AG	20	4	20,0
28	TUI AG	20	4	20,0
40	Thüga Aktiengesellschaft	10	2	20,0
69	T-Systems International GmbH	20	4	20,0
144	dm-Drogerie Markt GmbH & Co. KG	20	4	20,0
182	Dachser GmbH & Co. KG	5	1	20,0

1 Nur Unternehmen, die Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrates machen, ohne Finanzsektor.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Nur jedes Zehnte der 200 größten Wirtschaftsunternehmen hat wenigstens 20 Prozent Frauen im Aufsichtsrat. Mehr als 35 Prozent Frauen sind es bei keinem Unternehmen.

Tabelle 4

Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen

In Prozent

	2006	2007	2008	2009[1]
Erbringung von Finanzdienstleistungen	57,4	56,9	56,9	57,1
Zentralbanken und Kreditinstitute	57,8	57,2	57,3	57,6
Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	49,1	48,9	48,8	50,0
Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	61,1	61,6	61,5	61,2

1 WZ 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2009

In der Kredit- und Finanzwirtschaft sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen.

(Versicherungen) erhöht – bei den Männern lag dieser Zuwachs bei eins beziehungsweise 18 und damit höher als die Zahl der Frauen in diesen Gremien in den Banken beziehungsweise den Versicherungen insgesamt. Wie schon im Vorjahr hat keine Frau den Vorstandsvorsitz inne. Insgesamt verbleibt auch im Finanzsektor der Frauenanteil im Spitzenmanagement auf verschwindend geringem Niveau.

Frauenanteil in Aufsichtsräten von Banken und Sparkassen sowie Versicherungen: 16, 8 beziehungsweise 12,4 Prozent

Im Finanzsektor sind Aufsichtsräte stärker als bei den Top-200-Unternehmen außerhalb dieser Branche mit Frauen besetzt (Tabelle 6). Doch während der Frauenanteil bei den Banken mit 16,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte leicht gestiegen ist, ging er bei den Versicherungen im Vergleich zu 2008 um 1,1 Prozentpunkte auf 12,4 Prozent zurück. Einen Frauenanteil von 25 Prozent und mehr im Aufsichtsrat erreichen bei den Banken und Sparkassen 29 der 100 untersuchten Institute, allen voran die Stadtsparkasse Düsseldorf mit einem Frauenanteil von 36,8 Prozent. Bei den Versicherungen weisen gleich zwei Unternehmen einen Frauenanteil von 50 Prozent im Aufsichtsrat auf: Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung und DBV-Winterthur Lebensversicherung (Tabelle 7).

Auch in den Banken und Sparkassen sowie in den Versicherungen wird die überwiegende Mehrheit der Frauen von den Arbeitnehmervertretungen in die Aufsichtsräte entsandt. Bei den Banken und Sparkassen scheint die Entwicklung hin zu mehr Frauen auf der Anteilseignerseite zu gehen. Waren 2006 noch 82,5 Prozent aller Frauen in den Aufsichtsräten von Banken und Sparkassen Arbeitnehmervertreterinnen, ist dieser Anteil bis heute auf 71,7 Prozent kontinuierlich zurückgegangen. Auch bei den Versicherungen ging dieser Anteil im Vergleich zu 2006 (91,4 Prozent) zunächst zurück. Er hat sich aber 2009 im Vergleich zum Vorjahr wieder um 3,8 Prozentpunkte auf 79,7 Prozent erhöht.

Gleich vier Frauen nehmen bei den Banken und Sparkassen den Vorsitz im obersten Kontrollgremium ein: Christa Thoben (NRW-Bank), Karoline Linnert (Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale), Dietlind Tiemann (Mittelbrandenburgische Sparkasse) sowie Johanna Rumschöttel (Kreissparkasse München-Starnberg). Bei allen vier Frauen, die dem Aufsichts- beziehungsweise Verwaltungsrat von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten vorstehen, handelt es sich um aktive Politikerinnen. So sind Christa Thoben, CDU, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie in der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Karoline Linnert, Bündnis 90/Die Grünen, Bürgermeisterin und Senatorin für Finanzen in Bremen, Dietlind Tiemann, CDU, Oberbürgermeisterin in Brandenburg und Johanna Rumschöttel, SPD, Landrätin im Landkreis München.

Tabelle 5

Frauen in Aufsichtsräten oder Vorständen von großen Banken und Sparkassen sowie Versicherungen in Deutschland

	Banken und Sparkassen				Versicherungen			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Vorstände/Geschäftsführungen								
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	63	65	58	62
Mit Angaben zur Zusammensetzung	100	100	100	100	63	65	58	62
Ohne Frauen im Vorstand	90	91	93	91	53	52	49	51
Anteil in Prozent	**90,0**	**91,0**	**93,0**	**91,0**	**84,1**	**80,0**	**84,5**	**82,3**
Mitglieder insgesamt[1]	442	430	414	418	394	411	372	392
Männer	431	420	406	407	384	398	363	381
Frauen	11	10	8	11	10	13	9	11
Anteil der Frauen in Prozent	**2,5**	**2,3**	**1,9**	**2,6**	**2,5**	**3,2**	**2,4**	**2,8**
Vorsitze insgesamt[1]	100	100	100	100	63	65	58	62
Männer	98	98	100	100	63	65	57	62
Frauen	2	2	0	0	0	0	0	0
Anteil der Frauen in Prozent	**2,0**	**2,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Aufsichts-/Verwaltungsräte								
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	63	65	58	62
Mit Angaben zur Zusammensetzung	100	100	100	100	63	65	58	62
Ohne Frauen im Aufsichtsrat	11	9	15	13	17	16	16	14
Anteil in Prozent	**11,0**	**9,0**	**15,0**	**13,0**	**27,0**	**24,6**	**27,6**	**22,6**
Mitglieder insgesamt[1]	1633	1573	1566	1555	812	830	727	734
Männer	1387	1331	1324	1294	720	726	629	643
Frauen	246	242	242	261	92	105	98	91
Anteil der Frauen in Prozent	**15,1**	**15,4**	**15,5**	**16,8**	**11,3**	**12,7**	**13,5**	**12,4**
Vorsitze insgesamt[1]	100	100	100	100	63	65	58	62
Männer	97	95	97	96	63	65	57	61
Frauen	3	5	3	4	0	0	1	1
Anteil der Frauen in Prozent	**3,0**	**5,0**	**3,0**	**4,0**	**0,0**	**0,0**	**1,7**	**1,6**
Unternehmen mit Angaben zur Arbeitnehmervertretung	33	55	51	50	24	41	38	52
Mitglieder insgesamt	599	858	767	764	291	454	444	634
Männer	496	731	654	637	256	406	390	555
Frauen	103	127	113	127	35	49	54	79
Arbeitnehmervertreterinnen	85	95	84	91	32	45	41	63
Anteil an den Frauen insgesamt in Prozent	**82,5**	**74,8**	**74,3**	**71,7**	**91,4**	**91,8**	**75,9**	**79,7**

1 Nur Unternehmen, die Angaben zur Zusammensetzung der jeweiligen Spitzengremien machen.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Nicht einmal drei Prozent der Vorstandsposten bei Banken und und Sparkassen sowie Versicherungen sind mit Frauen besetzt. In den Aufsichtsräten stellen sie eine Minderheit, die zudem zumeist von Arbeitnehmervertretungen entsandt wurden.

In den 62 größten Versicherungen stellt hingegen nur die Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung mit Annette Court eine Aufsichtsratsvorsitzende. Dieses Unternehmen zeichnet sich durch eine besonders starke Vertretung von Frauen in ihren Spitzengremien aus: Sowohl Aufsichtsrats- als auch Vorstandsvorsitz werden von einer Frau eingenommen, zudem sind fünf der zehn Aufsichtsratsmitglieder Frauen.

Ausschließlich mit Männern besetzte Spitzenkontrollgremien sind jedoch auch im Finanzsektor keine Seltenheit. In 13 Prozent aller untersuchten Banken und Sparkassen und in 22,6 Prozent aller Versicherungen sitzen keine Frauen im Aufsichts- beziehungsweise Verwaltungsrat.

Norwegen weiterhin Spitzenreiter beim Frauenanteil in Top-Gremien großer börsennotierter Unternehmen

Für einen europäischen Vergleich liegen zum Frauenanteil in den Top-Entscheidungsgremien nur Informationen für die größten börsennotierten Unternehmen jedes Landes vor – die mit den zuvor präsentierten Ergebnissen für Deutschland nur eingeschränkt vergleichbar sind.[7] Wie

7 Vgl. Europäische Kommission: Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen. *ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=777&langId=de&intPageId=675*. In dieser Darstellung werden die größten börsennotierten Unternehmen jedes Landes in einem Börsenleitindex der umsatzstärksten Aktien zusammengefasst. Die Börsenindikatoren umspannen die nach Marktkapitalisierung oder Handelsaufkommen größten Unternehmen. Die Zahl der erfassten Unternehmen ist sehr unterschiedlich und schwankt zwischen neun in Island und 50 im Vereinigten Königreich. Berücksichtigt in der Untersuchung werden die Mitglieder des Direktoriums und – bei Trennung von Kontroll- und Exekutivfunktionen – die Mitglieder des Aufsichtsrats.

Tabelle 6

Größte 100 Banken[1] mit einem Frauenanteil im Aufsichtsrat von mindestens 25 Prozent 2009

Rang	Unternehmen	Mitglieder insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in Prozent
65	Stadtsparkasse Düsseldorf	19	12	7	36,8
1	Deutsche Bank AG	20	13	7	35,0
8	Hypo Real Estate Holding AG	6	4	2	33,3
24	SEB AG	12	8	4	33,3
25	Depfa Deutsche Pfandbriefbank AG	6	4	2	33,3
45	Santander Consumer Bank AG	9	6	3	33,3
49	IBB Investitionsbank Berlin	9	6	3	33,3
64	Sparkasse Hannover	18	12	6	33,3
70	Ostsächsische Sparkasse Dresden	18	12	6	33,3
93	Sparkasse Dortmund	15	10	5	33,3
98	Sparkasse Mainfranken	26	18	8	33,3
38	Bausparkasse Schwäbisch Hall AG	20	14	6	30,0
60	Debeka Bausparkasse AG	7	5	2	28,6
81	Sparkasse Leipzig	14	10	4	28,6
92	Kreissparkasse München-Starnberg	14	10	4	28,6
39	Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale	18	13	5	27,8
87	Sparkasse Krefeld	18	13	5	27,8
16	NRW.Bank	15	11	4	26,7
23	Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderbank (L-Bank)	15	11	4	26,7
95	BB Bank eG	15	11	4	26,7
2	Commerzbank AG	20	15	5	25,0
3	Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	20	15	5	25,0
7	Dresdner Bank AG	20	15	5	25,0
10	West LB AG	20	15	5	25,0
21	ING-DiBa AG	12	9	3	25,0
50	Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA	12	9	3	25,0
58	Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)	12	9	3	25,0
61	Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank	8	6	2	25,0
62	Citibank Privatkunden AG & Co. KGaA	12	9	3	25,0
	Summe	**430**	**305**	**125**	

1 Nur Banken, die Angaben zur Besetzung des Aufsichtsrates machen.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

Bei 29 der 100 größten Banken besteht mindestens ein Viertel des Aufsichtsrats aus Frauen. Von einer Mehrheit wie bei den Beschäftigten kann aber nirgends die Rede sein.

Tabelle 7

Größte 62 Versicherungen[1] mit einem Frauenanteil im Aufsichtsrat von mindestens 20 Prozent 2009

Rang	Unternehmen	Mitglieder insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in Prozent
17	Zurich Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG	10	5	5	50,0
46	DBV-Winterthur Lebensversicherung Aktiengesellschaft	8	4	4	50,0
23	Debeka Lebensversicherungsverein a.G.	9	6	3	33,3
35	Zurich Versicherung AG (Deutschland)	12	8	4	33,3
47	DEVK Schadensversicherungen (Konzern)	15	11	4	26,7
16	R + V Lebensversicherung AG	16	12	4	25,0
11	HUK-COBURG-Konzern	9	7	2	22,2
28	Continentale Krankenversicherung a.G.- Konzern-	9	7	2	22,2
31	E + S Rückversicherungs-AG	9	7	2	22,2
	Summe	**97**	**67**	**30**	

1 Nur Versicherungen, die Angaben zur Besetzung des Aufsichtsrates machen.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2010

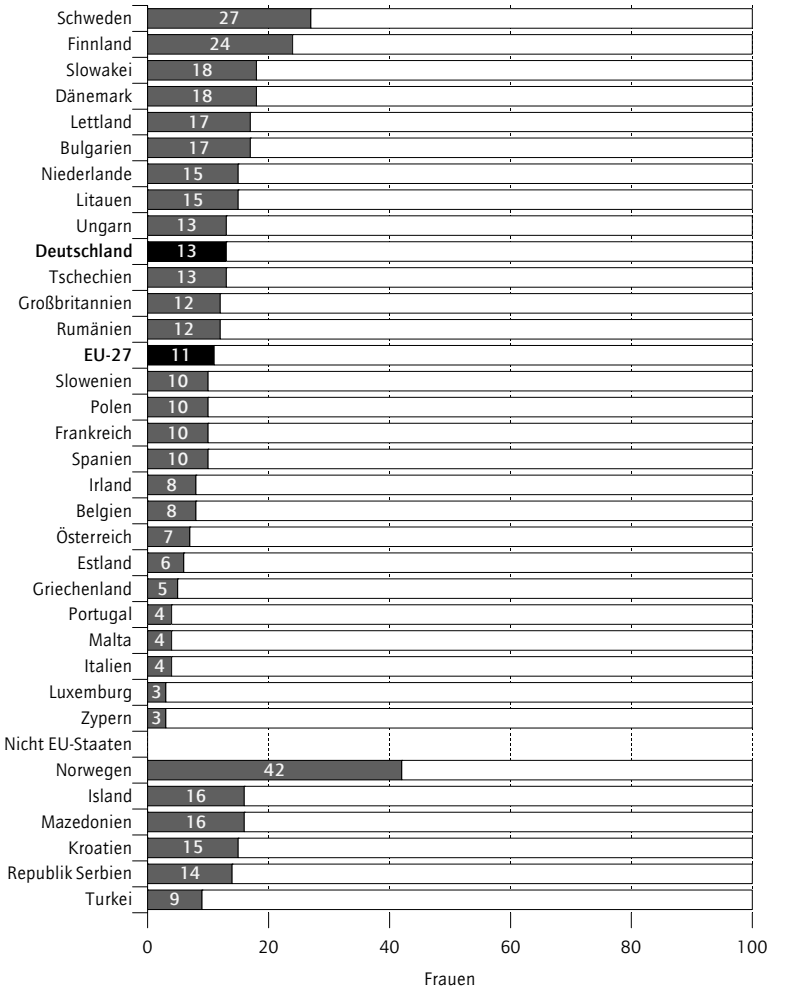
Bei zwei großen Versicherungen ist die Hälfte der Posten im Aufsichtsrat mit Frauen besetzt.

schon 2008 führt dabei Norwegen die Liste mit einem Frauenanteil von über 40 Prozent an (Abbildung). Seit 2008 ist dort eine Frauenquote von 40 Prozent im Aufsichtsrat gesetzlich vorgeschrieben. Mit weitem Abstand folgt wie im Vorjahr Schweden mit einem Anteil von 27 Prozent. Den dritthöchsten Frauenanteil in Spitzengremien verzeichnet Finnland. Hier hat sich der Anteil gegenüber 2008 von 20 auf 24 Prozent erhöht. Der EU-Durchschnitt bleibt mit elf Prozent unverändert und auch Deutschland liegt weiterhin mit 13 Prozent im Mittelfeld.

Abbildung

Frauenanteil in den höchsten Entscheidungsgremien der größten börsennotierten Unternehmen in Europa 2009

In Prozent



Quelle: Europäische Kommission, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen.

DIW Berlin 2010

Die skandinavischen Länder führen in der Beteiligung von Frauen in den Entscheidungsgremien der Wirtschaft. Insgesamt verschenkt Europa die Chance, das Know-how der Frauen hier einbringen könnten.

Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen

Weiterhin besteht eine krasse Unterrepräsentanz von Frauen in den Spitzengremien großer Wirtschaftsunternehmen, Banken und Sparkassen sowie Versicherungen. Die Vorstände sind nahezu ausschließlich in Männerhand. Hoffnungen, durch die Wirtschafts- und Finanzkrise erfolgte Umstrukturierungen könnten mehr Frauen in die Top-Positionen bringen, haben sich nicht erfüllt. Obgleich in Studien festgestellt wurde, dass gemischte Führungsteams den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens befördern,[8] hat diese Erkenntnis nicht dazu geführt, dass mehr Frauen in die höchsten Gremien gelangt sind. Trotz erheblicher Medienpräsenz des Themas und vielen Beiträgen zu einzelnen Frauen, die 2009 in Spitzengremien vorgerückt sind, hat sich an den Zahlen insgesamt nicht viel verändert: Einige neue Frauen sind in die Führungszirkel aufgestiegen, andere dafür wieder ausgeschieden. Nach wie vor erreichen Frauen in den Vorständen einen Anteil von noch nicht einmal drei Prozent. Bei den großen Wirtschaftsunternehmen außerhalb des Finanzsektors stagniert der Frauenanteil in den Vorständen mehr oder weniger, in den Top-100-Unternehmen hat er sogar die Ein-Prozent-Marke unterschritten. Nach wie vor werden nur sehr wenige Frauen von der Kapitalseite in den Aufsichtsrat entsandt.

Die Gründe für die anhaltend starke Unterrepräsentanz sind vielfältig und reichen von der schlechten Vereinbarkeit von Karriere und familiären Verpflichtungen bis zu fehlenden weiblichen Vorbildern und Rollenmustern.[9] Ein weiterer Grund liegt darin, dass Männer einflussreiche Netzwerke in Vorständen und Aufsichtsräten bilden, in die Frauen als Außenseiterinnen kaum vordringen können. Erst kürzlich ermittelte die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, dass die mächtigsten zehn Aufsichtsräte Deutschlands – ausschließlich Männer – zusammen 32 Aufsichtsratsmandate in 18 Dax-Unternehmen halten.[10] Frauen gelingt es gar nicht oder nur in Ausnahmefällen die gläserne Decke, die als unsichtbare Barriere ihren Aufstieg in Spitzenpositionen hemmt, zu durchbrechen.

8 Vgl. beispielsweise Mc Kinsey & Company: Women Matter. Gender Diversity, a Corporate Performance Driver. 2007.

9 Vgl. Koch, A.: Elternzeit-Teilzeit-Aus(zeit)? Teilzeitrechte in Führungspositionen. In: WSI Mitteilungen 11+12/2008, 612–618; Fietze, S., Holst, E., Tobsch, V.: Persönlichkeit und Karriere – She's got what it takes. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 220, DIW Berlin 2009.

10 Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.: DSW Aufsichtsratsstudie 2009. *www.dsw-info.de/DSW-Aufsichtsratsstudie-2009.1597.0.html.*

Häufig sehen sich Frauen auch Stereotypen und Vorurteilen gegenübergestellt, die auf die kulturell definierte Rolle von Frauen in der Gesellschaft zurückgehen. Das bestätigt auch eine vom Sinus-Institut durchgeführte Befragung von Männern in Managementpositionen. Hier wurden drei Mentalitätsmuster ermittelt, die in der Summe den Aufstieg von Frauen in Führungsetagen verhindern. Danach herrscht in deutschen Chefetagen eine Mischung aus konservativen Rollenvorstellungen, Stereotypen in Bezug auf die Eignung von Frauen für Spitzenpositionen sowie die Ansicht vor, es gebe zu wenige karriereorientierte Frauen. Diese Mentalitätsmuster, so die Studie, erzeugten eine mehrfach gesicherte soziale Schließfunktion mit sehr selektiver Durchlässigkeit.[11]

Eine stärkere Repräsentanz von Frauen in den Spitzengremien könnte zu einem Umdenken führen. Doch diese wird sich wohl nur langsam vollziehen. Die Forscher Stainback und Tomaskovic-Devey fanden heraus, dass Frauen am ehesten im wachsenden Dienstleistungssektor und in großen Betrieben mit einem hohen Frauenanteil Führungspositionen erlangen. Männer dominieren hingegen weiterhin die Chefetagen der alten Industrien.[12]

JEL Classification:
G38, J16, M14

Keywords:
Board diversity, Women CEOs, Gender diversity, Management

11 Vgl. Wippermann, C.: Brücken und Barrieren für Frauen in Führungspositionen. 2009, *www.fidar-einegutewahl.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/Bruecken_und_Barrieren_wippermann.pdf*.

12 Vgl. Stainback, K., Tomaskovic-Devey, D.: Intersections of Power and Privilege: Long-Term Trends in Managerial Representation. In: American Sociological Review, Vol. 74, 2009, 800–820.

Mit der im Jahr 2001 geschlossenen Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft sollte durch eine freiwillige Selbstverpflichtung eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen erreicht werden.[13] Dieser Anspruch kann in Bezug auf die Spitzengremien der Unternehmen als gescheitert angesehen werden. Es bleibt abzuwarten, ob der im Koalitionsvertrag von 2009 vereinbarte Stufenplan insbesondere zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten ein Erfolg wird – „in einer ersten Stufe (wird) auf verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen“ gesetzt.[14] Eine Möglichkeit, zumindest in den Aufsichtsräten die Entwicklung zu mehr Chancengleichheit zu beschleunigen, könnte ähnlich wie in Norwegen in der Einführung einer Frauenquote liegen.[15]

13 Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom 2. Juli 2001. *www.bmfsfj.de/Politikbereiche/gleichstellung,did=6408.html*.

14 BMFSFJ: Hintergrund: Im Detail: Auszüge aus dem Koalitionsvertrag: Wachstum, Bildung und Zusammenhalt. 2009, *www.bmfsfj.de/mag/root,did=129838.html?referrerDocId=129886*.

15 So treten für eine solche Quotenregelung zum Beispiel Bündnis 90/Die Grünen (50 Prozent), die SPD (40 Prozent) und der Verein FidAR, Frauen in die Aufsichtsräte, (25 Prozent) ein. Vgl. Steinmeier, F.-W.: Die Arbeit von Morgen. Politik für das nächste Jahrzehnt. 2009, 57, *www.spd.de/de/aktuell/nachrichten/2009/03/Mehr-Frauen-in-Aufsichtsraeten.html*; Bündnis 90/Die Grünen: Der grüne Gesellschaftsvertrag. 2009, 42, *www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm_komplett_2009.pdf*; FidAR – die Initiative für mehr Frauen in die Aufsichtsräte, *www.fidar.de*.

Zensus 2010/11 – eine längst überfällige Erhebung

In der Wissenschaft wird zu Recht viel von den Daten der Volkszählung 2010/2011, dem ersten Zensus seit der deutschen Wiedervereinigung, erwartet. Während die Volkszählung in den 80er Jahren in Westdeutschland noch hoch kontrovers war, gab es bislang kaum Streit um die jetzt anstehende Totalerhebung. Man kann nur wünschen, dass dies so bleibt. Die Zensusdaten sind für viele administrative und wissenschaftliche Zwecke wichtig, und der Datenschutz wird bei statistischen Erhebungen sehr gut gewahrt. Allerdings haben Totalerhebungen – zumindest in der heutigen statistischen Welt – nicht die überragende Bedeutung, die ihnen manchmal zugeschrieben wird.

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Mitglied der Zensuskommission

Deutschland gehört weltweit zu denjenigen Staaten, in denen eine Volkszählung am längsten aussteht; nach Informationen der UNO gehören zu diesem Kreis im Wesentlichen noch Angola, Kongo, Eritrea, Libanon und Myanmar.[1] In der Bundesrepublik fand die letzte Volkszählung 1987 statt. Geplant war eine Erhebung schon für 1981, diese musste aber wegen politischer Widerstände verschoben werden und konnte dann nur mit reduziertem Frageprogramm durchgeführt werden. Die letzte Volkszählung in der DDR datiert von 1984. Insgesamt liegt damit in Deutschland eine umfassende Bevölkerungserhebung etwa eine Generation zurück.

Der Zensus 2010/11 wird keine Totalerhebung im herkömmlichen Sinn einer Volkszählung sein.[2] Ganz überwiegend werden ohnehin vorhandene Daten, insbesondere diejenigen der Einwohnermeldeämter und der Bundesagentur für Arbeit, genutzt, um Zahl und Struktur der Bevölkerung zu ermitteln. Dabei werden Kopien dieser Daten an die statistischen Ämter gegeben, die dann – ohne dass es zu einem Abgleich mit den Originaldaten kommt – zu den Tabellen der Volkszählung verarbeitet werden. Da sich viele Menschen nicht abmelden, wenn sie wegziehen, und einige sich nicht anmelden, wenn sie in eine neue Wohnung ziehen, sind die Meldedaten fehlerhaft. Insgesamt gibt es mehr gemeldete Personen als tatsächlich in Deutschland leben. Die Fehler in den Registern werden umso größer, je länger eine grundlegende statistische Prüfung zurückliegt. In Deutschland ist der Zeitraum im internationalen Vergleich besonders groß – entsprechend dürften die Register inzwischen vielfach fehlerbehaftet sein. So hat ein Abgleich des Ausländerzentralregisters mit

1 *unstats.un.org/unsd/demographic/sources/census/censusdates.htm*. Entsprechendes gilt noch für Island und die Färöer Inseln; das sind allerdings Gebiete mit einer überschaubaren Bevölkerungszahl.
2 Meder, N.: Grundzüge des Zensus 2011. DAGStat-Bulletin Nr. 4/2009, 2–3.

den Daten regionaler Meldestellen im Jahr 2004 ergeben, dass im Ausländerzentralregister etwa 600 000 Personen zu viel erfasst waren.[3]

Um die Fehler der auf Melderegistern beruhenden Statistiken abschätzen und durch den Zensus statistisch korrigieren zu können, wird im Rahmen des Zensus auch eine Stichprobenerhebung bei knapp zehn Prozent der Bevölkerung durchgeführt werden. Vollständig befragt werden – wie bislang auch – nur die Eigentümer von Gebäuden.

Die Stichprobe wird indes nicht nur zur statistischen Fehlerkorrektur benutzt, sondern es werden auch einige Merkmale erhoben, für die keine hinreichenden administrativen Daten bei den Meldeämtern oder der Bundesagentur vorliegen.[4] Dies gilt zum Beispiel für den Bildungsabschluss. Neu wird die Erhebung des Migrationshintergrundes sein. Auch das religiöse Bekenntnis wird erfragt, da in den administrativen Daten nur die Zugehörigkeit zur evangelischen oder katholischen Kirche enthalten ist.

Mit dem anstehenden Zensus werden im Wesentlichen diese Ziele verfolgt:

- Vor allem geht es darum, zentrale Daten für politisches und administratives Handeln auf einen aktuellen Stand zu bringen. So ist die Bevölkerungszahl eine zentrale Größe beim Finanzausgleich der Länder und Kommunen. Auch bei der Bemessung mancher Förderungsmaßnahmen der EU spielt sie eine Rolle.
- Des Weiteren soll der Zensus zu einem verlässlicheren Hochrechungsrahmen für Stichprobenerhebungen führen. Es geht dabei darum, die Ergebnisse von Teilerhebungen anhand der Zensusdaten auf die Grundgesamtheit zu übertragen. Ein aktueller Hochrechnungsrahmen ist nicht nur für amtliche Stichprobenbefragungen wie den Mikrozensus (eine unterjährig und permanent von den statistischen Ämtern durchgeführte Bevölkerungsumfrage auf Basis einer Ein-Prozent-Stichprobe) nötig, sondern auch für Umfragen privater oder wissenschaftlicher Einrichtungen. Beispielsweise werden die vom Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) erhobenen Ergebnisse anhand des Mikrozensus hochgerechnet, der wiederum anhand der angenommenen Bevölkerungszahl hochgerechnet wird. Wenn also die Grundgesamtheit nicht hinreichend erfasst wird, können die darauf angewiesenen Stichprobenerhebungen kein getreues Bild der hochgerechtneten Wirklichkeit wiedergeben.
- Und schließlich soll der Zensus Informationen über eine Reihe von gesellschaftlich bedeutsamen Tatbeständen, zum Beispiel Bildung und Religion, liefern. Diese dienen der Infrastruktur- und Raumplanung, anderen amtlichen Zwecken sowie wissenschaftlichen Analysen.

Das neuartige Verfahren für die Volkszählung hat den Vorteil, dass der Zensus kostengünstiger ist als eine Totalerhebung. Zudem ist zu erwarten, dass es weniger Widerstände gegen eine Befragung als in den 80er Jahren gibt. Der Nachteil ist allerdings, dass die Methode wahrscheinlich zu größeren zufallsbedingten Ungenauigkeiten bei den Ergebnissen führt, da zentrale Merkmale zwar mit einer großen, aber eben nur mit einer Stichprobe ermittelt werden. Deswegen stellt sich die Frage, welche Erwartungen realistischerweise an den geplanten Zensus geknüpft werden können und welche Bedeutung den zwangsläufigen Ungenauigkeiten – zufallsbedingten wie systematischen – des Zahlenwerks beizumessen ist.

Zensus allein reicht meist nicht aus

Jede Volkszählung und jeder registergestützte Zensus liefert nur einen grundlegenden Datensatz. Für viele politische Entscheidungen reicht dies nicht aus. So werden mit einer derartigen Vollerhebung zwar die Zahl und das Alter der Kinder kleinräumig erfasst. Um aber beispielsweise das erforderliche Angebot an Kindertagesstätten bereitstellen zu können, muss man auch wissen, wie viele Eltern Plätze in Kitas aktuell suchen. Der tatsächliche Bedarf von Eltern ist stark situationsabhängig und streut regional enorm. Man kann ihn deswegen immer nur abschätzen. Das verlangt nach ergänzenden Informationen, die durch weitere Erhebungen gewonnen werden müssen.

Mitunter sind die Daten des Zensus zwar völlig hinreichend, wie sie aber tatsächlich genutzt werden, hängt von anderen Überlegungen ab. Das gilt etwa für den Zuschnitt der Wahlkreise. Diese sollen eine ungefähr gleiche Zahl von Wählern umfassen, damit Kandidaten in kleinen Wahlkreisen nicht ein unangemessen großes Gewicht in den Parlamenten bekommen. Deswegen werden Ergebnisse von Volkszählungen weltweit genutzt, um Wahlkreise immer wieder einmal neu zuzuschneiden. In Deutschland mit seinem Verhältniswahlrecht spielt eine mögliche Verzerrung der Wahlergebnisse durch unterschiedlich große Wahlkreise keine bedeutende Rolle; ganz

3 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung sowie Einbürgerungen. 2004, Fachserie 1, Reihe 2.

4 Es sei noch einmal betont: die Korrekturen der Statistiken werden nicht in die Melderegister zurückgespielt. Der persönliche Datenschutz bleibt also voll gewährleistet.

anders sieht es dagegen in Ländern mit einem Mehrheitswahlrecht aus. Man stelle sich vor, dass ein kleiner Wahlkreis, in dem die Wahl immer knapp zwischen den großen Volksparteien entschieden wurde, vergrößert werden soll. Wenn zwei zu große Wahlkreise angrenzen, bei denen in einem die eine Volkspartei traditionell mehr Wähler hat und im anderen die andere, dann wird die nächste Wahl in dem vergrößerten Wahlkreis davon beeinflusst, ob er um Teile des einen oder des anderen Nachbarwahlkreises vergrößert wird. Das ist eine politische Mehrheitsentscheidung – eine Volkszählung liefert dafür nur das Rohmaterial.[5]

Auch Volkszählungen sind nicht exakt

Das grundsätzliche – und nicht überwindbare – Problem einer herkömmlichen Volkszählung besteht darin, dass hunderttausende ungeübte Zähler, oft aus dem öffentlichen Dienst mehr oder weniger zwangsverpflichtet, einem ungewohnten Geschäft nachgehen: Sie sollen Menschen davon überzeugen, Interview-Fragen zu beantworten, und sie sollen einen Fragebogen korrekt ausfüllen. Wenn Ungeübte das – teilweise noch widerwillig – machen, kommt es zu Fehlern. Eine Volkszählung liefert also noch nicht einmal zum Stichtag ein hundertprozentig richtiges Ergebnis. Deswegen wird zum Beispiel der Länderfinanzausgleich – egal wie man zählt – immer auf einer nicht ganz exakten Zahlengrundlage stehen.[6]

Wie groß der Einfluss der Interviewer ist, zeigte sich beim Vergleich des jährlich stattfindenden Mikro-Zensus und der Volkszählung im Jahr 1970. Beide Erhebungen fanden nahezu zeitgleich statt, wobei der Mikrozensus einen viel längeren Fragebogen hatte, sich dafür aber auch nur an ein Prozent der Bevölkerung richtet. Man sollte erwarten, dass beide Erhebungen im Wesentlichen die gleichen Ergebnisse liefern. Dem ist aber nicht so – und keinen Statistiker weltweit wundert das wirklich.[7] In den Dokumentationen zu vergangenen Volkszählungen ist zum Beispiel festgehalten, dass es selbst bei einem so einfachen Merkmal wie dem Geschlecht zwischen der Volkszählung 1970 und einer testweisen Nacherhebung in drei Prozent aller Fälle keine Übereinstimmung gab. Und bei der beruflichen Stellung traten bei einem Fünftel der Fälle Unstimmigkeiten auf. Welche Angabe stimmt, wird niemals geklärt werden können, immerhin mittelten sich die Fehler im Großen und Ganzen aus den aggregierten Ergebnissen heraus.

Für ein planerisch bedeutsames Merkmal gab es allerdings bei Mikrozensus und Volkszählung im Jahr 1987 einen systematischen Unterschied im Gesamtergebnis. Der Mikrozensus 1987 ermittelte hochgerechnet 600 000 Einpersonenhaushalte mehr als die Volkszählung.[8] Das waren damals etwa fünf Prozent aller Privathaushalte. Die Erklärung dürfte im menschlichen Verhalten zu suchen sein: Während einen Zähler bei der Volkszählung jeder separate Haushalt, den er in einer Wohnung findet (zum Beispiel die Oma, die mit ihren Kindern in einer Wohnung lebt), nur Zeit kostet, verdient der Zähler beim Mikrozensus mehr Geld, wenn er zum Beispiel die Mitglieder einer Wohngemeinschaft in sechs einzelne Einpersonenhaushalte zerlegt.

Die Ungenauigkeiten einer herkömmlichen Volkszählung sind auch keineswegs ein deutsches Phänomen. In Großbritannien und insbesondere in den USA ist die Lage viel ungünstiger, da es dort Slums gibt, in die Zähler nicht gerne hineingehen und wo Nicht-Sesshafte schwer zu zählen sind. In den USA führt die *undercoverage* dazu, dass die Zahl der Einwohner in Staaten mit großen Städten höchstwahrscheinlich unterschätzt wird. Und das führt dazu, dass diese Staaten, zum Beispiel New York, weniger Sitze im Repräsentantenhaus haben als ihnen bei korrekter Zählung zustehen würden. Da diese Staaten überwiegend demokratisch wählen, hat vor dem Zensus 2000 die republikanische Partei über den Supreme Court verhindert, dass die Volkszählung der USA durch Stichproben-Nacherhebungen verbessert wurde. Das Argument war, dass in der US-Verfassung (dort ist der Zensus in der Tat verankert) steht, dass gezählt werden muss. Eine Schätzung auf Basis sehr guter Stichproben ist nicht verfassungsgemäß, auch wenn sie bessere Ergebnisse liefert.

Ein generelles Problem von Befragungen besteht darin, dass man nur solche Personen erfassen kann, die auch befragt werden wollen. Viele Personen mit einem heiklen Wohnstatus werden sich

5 In den USA nennt man das trickreiche Zuschneiden von Wahlkreisen *gerrymandering*. Der Begriff geht auf einen Gouverneur von Massachusetts zurück, Elbridge Gerry, der einst einen Wahlkreis derart gestaltete, dass er auf der Landkarte wie ein Salamander aussah. Daraus hat der Volksmund dann den *Gerrymander* gemacht. Auch außerhalb der USA ist das Phänomen bekannt, vgl. *www.wahlrecht.de/lexikon/gerrymander.html*.

6 Dies ist insofern kein wirkliches Problem, als die Einwohnerzahlen für den Länderfinanzausgleich ohnehin nur Hilfsgrößen sind. Eigentlich müsste man den Finanzausgleich an der Wirtschaftskraft orientieren. Diese ist aber nicht eindeutig messbar, deswegen behilft man sich mit der Einwohnerzahl.

7 Vgl. die Beiträge in Heft 1/1970 des Allgemeinen Statistischen Archivs und Eppmann, H., Schäfer, J.: Volkszählung 87 – Eine Untersuchung zur Qualität der Ergebnisse. Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen, Nr. 4/1991, 192–200.

8 Vgl. Pötter, U., Rendtel, U.: Über Sinn und Unsinn von Repräsentativitätsstudien. Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 77, 1993, 260–280.

entziehen, insbesondere illegal in Deutschland lebende Ausländer. In den Registerdaten sind sie gar nicht enthalten.

Nüchtern betrachtet muss man also zu dem Ergebnis kommen, dass der geplante Zensus für etliche staatliche Zwecke wichtig ist, man aber keine hundertprozentige Genauigkeit anstreben muss. Ob die neue Zensus-Methode – Registerauszählung plus Stichprobe – ungenauer sein wird als die bisherige Volkszählung, ist eine völlig offene Frage.

Zensus steht nicht mehr allein

Als im Altertum das Volk gezählt wurde, etwa so wie es in der biblischen Weihnachtsgeschichte beschrieben wird, ging es darum, die Steuern besser erheben zu können. Zugleich war das praktisch die einzige statistische Erhebung, denn ansonsten wurde nicht gezählt. Die heutige Situation ist völlig anders.[9] Das sollten sich Gegner einer Volkszählung vor Augen führen – aber auch Anhänger, die gerne noch mehr Details erheben würden.

Eine Volkszählung oder ein registergestützter Zensus bieten einmalige Möglichkeiten, aber sie sind heutzutage bei weitem nicht mehr die dominierenden amtlichen Quellen für statistische Ergebnisse im Bereich Bevölkerungs- und Erwerbsstatistik. Der jährliche Mikrozensus ist eine weltweit gesehen nicht völlig einmalige, aber doch sehr beachtliche Großerhebung. Und die Einkommen werden gleich mit zwei amtlichen Erhebungen im Detail erfasst – der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS) und der europäisch vereinheitlichten Haushaltsbefragung EU-SILC. Zudem gibt es in Deutschland für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, das sind alle Erwerbstätigen außer Beamten und Selbständigen, eine Vollerhebung in Form der Sozialversicherungsdaten, deren statistische Aufbereitung allerdings zu wünschen übrig lässt[10] – dasselbe gilt teilweise für die Nutzung dieser Datenquelle seitens der Wissenschaft.[11]

In modernen Gesellschaften liefern Volkszählungen im Wesentlichen nur einen Rahmen für die Hochrechnung von Stichprobenerhebungen, nicht mehr und nicht weniger. Die Zensusergebnisse werden zwar für administrative Zwecke gebraucht, dafür reichen aber meist die Eckzahlen zur Bevölkerung in einem Staat und in seinen Teilgebieten aus. Der registergestützte Zensus 2010/11 wird nur Basisdaten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit liefern. Ebenso wie Volkszählungen im traditionellen Stil kann und soll er die Vielzahl laufender statistischer Erhebungen nicht ersetzen. Wegen dieser Basisfunktion der Zensusergebnisse ist freilich eine moderne Form des flexiblen Zugangs unverzichtbar. Der kommende Zensus sollte ebenfalls in Form eines *Scientific-Use-Files* zugänglich gemacht werden.[12]

Fazit

Der Plan der amtlichen Statistik in Deutschland, anstelle einer traditionellen Volkszählung die ohnehin gespeicherten Daten der Einwohnermelderegister und anderer Quellen auszuzählen und darüber hinaus Stichprobenerhebungen durchzuführen, wird die notwendigen Rahmendaten ausreichend genau und zudem kostengünstig liefern. Sicherlich wird der registergestützte Zensus 2010/11 nicht perfekt sein, aber das ist die herkömmliche Volkszählung auch nicht.

Die Erwartungen und Ansprüche an die bevorstehende Volkszählung sollten nicht zu hoch geschraubt werden. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Zahl und die rein demographische Struktur der in Deutschland Lebenden hinreichend genau ermittelt würde. Für die amtlichen Zwecke, zum Beispiel die Berechnung des Finanzausgleichs zwischen den Gebietskörperschaften, reichen diese Informationen aus. Auch zur Kontrolle von freiwilligen Erhebungen ist ein gut gemachter Zensus sehr nützlich. Dabei darf man sich allerdings keinen Illusionen hingeben. Außer Geschlecht und Alter sind auch bei einer Vollerhebung alle Angaben fehleranfällig. Komplexe Haushalts- und Wohnungsstrukturen sind nicht einfach statistisch nachzubilden – weder mit der geplanten Zusammenführung von Registerdaten noch mit traditionellen Erhebungen. Erhebungsfehler und Interpretationsspielräume sind unvermeidbar, sie sollten offen dargestellt und diskutiert werden. Nicht zuletzt deswegen sollten die Mikrodaten des Zensus möglichst rasch für Analysen durch die Wissenschaft zur Verfügung stehen. Dann kann die neue Methode des Zusammenführens von Registerdaten und einer Stichprobe für den nächsten Zensus – 2020/2021 – verbessert werden.

9 Vgl. auch Grohmann, H.: Zensus im Wandel. In: Rolf, G., Zwick, M., Wagner, G. G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag. Baden-Baden 2008, 77–102.
10 So ist die Berufsklassifikation völlig veraltet und beruht im Kern auf einem Konzept der 70er Jahre, das in den 80er Jahren etwas revidiert wurde. So findet sich in der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwar noch der Beruf des Kutschers oder des Belegsortierers, aber kein Webdesigner oder Mechatroniker.
11 Der rasche und flexible Zugriff auf die Daten über die Löhne ist bisher weitgehend ein Monopol der Bundesagentur für Arbeit und des ihr angeschlossenen Forschungsinstituts.

12 Rendtel, U.: Ein DFG-Schwerpunktprogramm zum Zensus 2011. DAGStat-Bulletin Nr.4/2009, 3–4.

JEL Classification:
C81, C83, J00

Keywords:
Census, Administrative data surveys, Population

Themen des nächsten Wochenberichts:
Bildungsrendite
Bildungswesen Deutschland

Veröffentlichungen des DIW Berlin

Ansgar Belke, Joscha Beckmann, Michael Kühl

Global Integration of Central and Eastern European Financial Markets. The Role of Economic Sentiments

This paper examines the importance of different economic sentiments, e.g. consumer moods, for the Central and Eastern European countries (CEECs) during the transition process. We first analyze the importance of economic confidence with respect to the CEEC's financial markets. Since the integration of formerly strongly regulated markets into global markets can also lead to an increase of the dependence of the CEECs' domestic market performance from global sentiments, we also investigate the relationship between global economic sentiments and domestic income and share prices. Finally, we test whether the impact of global sentiments and stock prices on domestic variables increases proportionally with the degree of integration. For these purposes, we apply a structural cointegrating VAR (CVAR) framework based upon a restricted autoregressive model which allows us to distinguish between the long-run and the short-run dynamics. For the long run we find evidence supporting relationships between sentiments, income and share prices in case of the Czech Republic. Our results for the short run suggest that economic sentiments in general are strongly influenced by share prices and income but also offer some predictive power with respect to the latter. What is more, global sentiments play an important role in particular for the CEECs' share prices and income. The significance of this link increases with economic integration.

Discussion Paper Nr. 952

November 2009

Ansgar Belke

Die Auswirkungen der Geldmenge und des Kreditvolumens auf die Immobilienpreise. Ein ARDL-Ansatz für Deutschland

Die aktuellen Finanzmarktturbulenzen wurden durch Entwicklungen im Immobiliensektor ausgelöst. Vor diesem Hintergrund analysiert dieser Beitrag den Zusammenhang zwischen den Immobilienpreisen und der Geldmengen- und Kreditvolumensentwicklung für den Zeitraum 1992–2006 (westdeutsche Preisdaten) beziehungsweise 1997–2006 (ostdeutsche Preisdaten). Die Untersuchung konzentriert sich erstmals auf die Bundesrepublik Deutschland, deren Immobilienmarkt von einer moderaten Preisentwicklung gekennzeichnet ist und im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern damit eine Sonderstellung einnimmt. Auf der Grundlage eines Autoregressiven Distributed Lag (ARDL)-Ansatzes werden Tests auf Kointegration der genannten Variablen durchgeführt. Nach Schätzungen der Langfristparameter werden die zugehörigen Fehlerkorrekturmodell-Regressionen für Immobilienpreise in unterschiedlicher Abgrenzung geschätzt. Die Ergebnisse liefern Evidenz für eine Mitverantwortung der Geld- und Kreditpolitik für die Immobilienpreisentwicklung gerade in Westdeutschland. Es folgen einige Robustheitstests. Zuvor unberücksichtigte Variable der Steuerpolitik wie Sonderabschreibungen in den neuen Bundesländern üben demnach auf die Immobilienpreise ebenfalls einen wichtigen Einfluss aus, ohne jedoch den Einfluss der Liquidität zu dominieren. Andere Förderprogramme wie beispielsweise vergünstigte Kredite für klimapolitische Maßnahmen (CO_2-Gebäudesanierung) erwiesen sich als nicht signifikant. Schließlich verändert auch die Anwendung eines alternativen Kointegrationstestverfahrens die Ergebnisse nicht.

Discussion Paper Nr. 953

November 2009

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion
Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion
Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat
Prof. Dr. Mechthild Schrooten
Karl Brenke

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.

Schüssler 2008

Neue Aufgaben für die Konjunkturforschung

von Christian Dreger*

In jüngster Zeit ist dem DIW Berlin, wohl auch in Zusammenhang mit der laufenden Bewerbung um die Gemeinschaftsdiagnose, vorgehalten worden, dass der Konjunkturarbeit am Institut nicht mehr der Stellenwert zukommt, der ihr eigentlich gebührt. Diese Einschätzung ist falsch. Das DIW Berlin legt als einziges der deutschen Forschungsinstitute vierteljährlich eine detaillierte Konjunkturprognose vor. Daneben erscheint monatlich das Konjunkturbarometer, das eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung leistet. Um die makroökonomische Sicht entstehungsseitig zu untermauern, führt das DIW Berlin außerdem die Industrietagung durch. Dort entstehen im Dialog mit Vertretern der wichtigsten Industriebranchen sektorale Prognosen. All diese Produkte stoßen in der Öffentlichkeit auf eine breite Resonanz.

Tatsächlich ist eine umfassende Konjunkturanalyse unerlässlich, um die Triebkräfte des wirtschaftlichen Verlaufs zu identifizieren und profunde Politikempfehlungen zu entwickeln. Dabei werden Vorhersagen für eine Vielzahl ökonomischer Größen abgeleitet. Verlässliche Prognosen stärken unter anderem die Entscheidungsgrundlagen der Akteure und verbessern so die Allokation knapper Ressourcen.

Allerdings haben die Konjunkturprognosen in letzter Zeit auf breiter Front an Reputation verloren. So haben gerade die drastischen Prognosefehler im Zuge der Finanzkrise gezeigt, dass das herkömmliche Instrumentarium nicht immer adäquat ist. Das liegt auch daran, dass die Finanzmärkte weitgehend vernachlässigt wurden. Um in diesem Bereich besser gewappnet zu sein, ist das DIW Berlin jetzt eine Kooperation mit CEPS Brüssel und DB Research eingegangen. Dabei greifen wir neben dem institutionellen Expertenwissen vermehrt auf makroökonomische Modelle zurück, die die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Realwirtschaft und Finanzsektor berücksichtigen und irrationale Verhaltensweisen wie etwa Herdenverhalten abbilden können.

Die Konjunkturforschung kann sich in einer zunehmend globalisierten Welt generell nicht mehr national aufstellen. Auch deshalb ist die Konjunkturabteilung in mehrere hochkarätige Forschungsprojekte eingebunden. Dies gilt unter anderem für Aktivitäten der Abteilung im jüngsten Rahmenprogramm der Europäischen Kommission, wo man mittlerweile nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnimmt. Die führende Rolle gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Vor allem ist eine hohe Präsenz in der wissenschaftlichen Debatte erforderlich, was sich etwa in einer hohen Anzahl politiknaher Publikationen zeigt. Dies ist letztlich die Eintrittskarte in internationale Forschungsnetzwerke, in denen die Beteiligten ständig evaluiert werden. Diese Verbünde sind keine starren Zusammenschlüsse, sondern richten sich je nach dem Schwerpunkt des Projektes optimal aus. Aus Sicht des Auftraggebers garantiert dies, dass die Politikberatung auf Basis des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes erfolgt.

* Prof. Dr. Christian Dreger leitet die Abteilung Konjunktur am DIW Berlin.